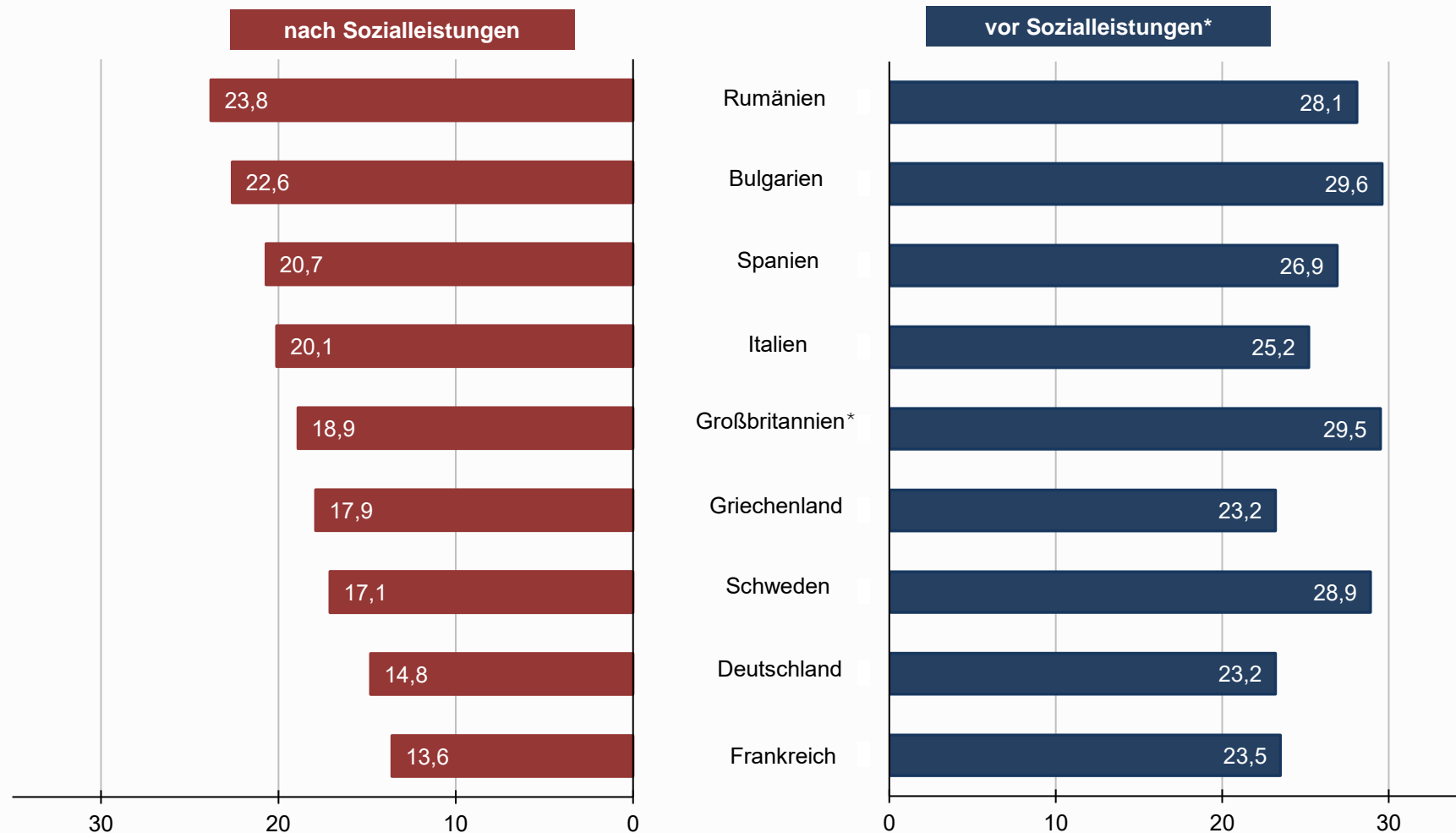


## ■ Armutsgefährdungsquoten in ausgewählten EU-Ländern 2019 vor<sup>1</sup> und nach Sozialleistungen, in % der Bevölkerung



<sup>1</sup> Bei der Armutsgefährdungsquote vor Sozialleistungen ist die Alterssicherung ausgenommen; Alterssicherungsleistungen werden als Einkommen berücksichtigt \*Wert des Jahres 2018

Quelle: Eurostat (2021), Armutsgefährdungsquoten, EU-SILC

## Armutsgefährdungsquoten vor und nach Sozialleistungen in ausgewählten EU-Ländern 2019

Als Mittel zur Verringerung von Armut setzen alle Länder verschiedene Sozialleistungen ein. Eine Möglichkeit, den Erfolg von Sozialschutzmaßnahmen zu bewerten, bietet der Vergleich der Indikatoren für die Armutsgefährdung vor und nach den Sozialtransfers.

Von den ausgewählten Ländern weisen im Jahr 2019 Rumänien (23,8 %), Bulgarien (22,6 %), Spanien (20,7 %) und Italien (20,1 %) die höchsten Armutsgefährdungsquoten nach Sozialtransfers auf. Dabei handelt es sich ausschließlich um Länder aus Süd- und Osteuropa. Die Wirtschafts- und Finanzkrise kann nur bedingt als Erklärung für die relativ hohe Armutsgefährdung herangezogen werden, da die Werte schon vor dem Einsetzen der Krise im Jahr 2007 konstant hoch waren (vgl. [Abbildung X.10](#)). Dagegen liegen niedrigere Armutsquoten unterhalb des EU-Durchschnitts überwiegend in Mittel- und Nordeuropa vor, wie in Frankreich (13,6 %), Deutschland (14,8 %) und Schweden (17,1 %).

Wird die Umverteilungswirkung von Sozialleistungen (ausgenommen die Alterssicherung) nicht berücksichtigt, erhöht sich die Armutsgefährdungsquote in den EU-Ländern zum Teil erheblich. Dabei wird das Armutsrisiko durch die Sozialleistungen in den einzelnen Ländern unterschiedlich stark gemindert. Werden die Staaten vor der Umverteilung von Sozialleistungen nach der Höhe der Armutsgefährdungsquoten sortiert, ergibt sich eine andere Reihenfolge als nach der Umverteilung. Ohne Sozialleistungen war im Jahr 2019 das Armutsrisiko in Bulgarien (29,6 %), Großbritannien (29,5 %), Schweden (28,9 %), Rumänien (28,1 %) und Spanien (26,9 %) am höchsten.

Am deutlichsten konnte die Armutsgefährdung der Bevölkerung im Jahr 2019 in Frankreich und Schweden gemindert werden, wo die Einkommen von etwa 42,1 bzw. 40,8 % der von Armut bedrohten Bevölkerung über die Armutsschwelle angehoben werden konnten. Weiterhin reduzierte sich das Armutsrisiko in Deutschland (- 36,2 %) und Großbritannien (- 35,9 %) durch Sozialleistungen ebenfalls stark.

Relativ gesehen bewirkten die Sozialleistungen in Rumänien (- 15,3 %), Italien (- 20,2 %), Griechenland (- 22,8 %) und Spanien (- 23,0 %) die geringste Armutsreduzierung der jeweiligen Bevölkerung. Damit entfalten die Sozialsysteme in Mittel- und Nordeuropa eine vermeintlich größere Wirkungskraft als die Sozialsysteme in Süd- und Osteuropa.

## Hintergrund

Die Bekämpfung von Armut zählt zu einem der wichtigsten sozialpolitischen Ziele der Europäischen Union. Trotzdem lebten 2019 in der EU etwa 84,5 Mio. Menschen unter Einkommensbedingungen, die mit einem Armutsrisiko verbunden sind. Eine Armutsgefährdung liegt vor, wenn das für jedes Haushaltsmitglied verfügbare Haushaltseinkommen nicht ausreicht, um die Güter und Dienstleistungen zu kaufen, die zur Abdeckung des sozialkulturellen Existenzminimums erforderlich sind. Die Armutsgefährdungsschwelle ist auf 60 % des nationalen medianen verfügbaren Äquivalenzeinkommens festgesetzt.

Die nationalen Schwellenwerte für die Armutsgefährdung fallen dabei sehr unterschiedlich aus. Während der Schwellenwert für eine alleinstehende Person in Deutschland 2019 bei 14.109 Euro im Jahr lag, galt in Spanien bereits der Betrag ab unter 9.009 Euro im Jahr als armutsgefährdend und in Polen ab unter 4.275 Euro. In diesem Zusammenhang spricht man deshalb von einer relativen Armut.

Unterschiedliche Gruppen der Gesellschaft sind in unterschiedlichem Maße von Armut bedroht. Bei kaum einem Unterscheidungsmerkmal ist der Einfluss auf das Ausmaß der Armutsgefährdung größer als beim beruflichen Status. Im Jahr 2019 war insgesamt die Armutsgefährdungsquote der Erwerbslosen in der EU mit 48,6 % fast dreimal so hoch wie die der Gesamtbevölkerung mit 16,2 % (vgl. [Abbildung X.9](#)). Dabei war in keinem EU-Mitgliedstaat die Armutsgefährdungsquote der Erwerbslosen höher als in Deutschland (73,7 %). Im Jahr 2005 hatte die Armutsgefährdung von Arbeitslosen in Deutschland noch 40,6 % betragen und entsprach damit dem EU-Durchschnitt. Darin zeigen sich die Auswirkungen der Arbeitsmarktreformen in Deutschland. Insbesondere die Einführung des sogenannten Hartz IV-Gesetzes als Grundsicherung für Arbeitslose reicht zunehmend nicht zur existenzsichernden Finanzierung des Lebens aus.

Des Weiteren ergibt sich in der Betrachtung verschiedener Haushaltstypen in der EU im Jahr 2019 ein besonders hohes Armutsrisiko bei alleinlebenden (26,6 %) und alleinerziehenden (33,1 %) Personen. Zusätzlich hängt das Armutsrisiko in hohem Maß mit dem erworbenen Bildungsgrad, dem Alter und dem Geschlecht zusammen.

## **Methodische Hinweise**

Die Daten beruhen auf den Ergebnissen des EU-SILC (EU Statistics on Income and Living Conditions) vom statistischen Amt der Europäischen Kommission (Eurostat). Der EU-SILC ist eine sich jährlich wiederholende Erhebung in allen EU-Ländern und dient als Bezugsquelle für vergleichende Statistiken über Einkommensverteilung und soziale Eingliederung in der Europäischen Union.

Großbritannien hat die EU zum 01. Januar 2021 verlassen. Da es im Berichtsjahr 2018 jedoch noch Teil der EU war, wird es hier mit dargestellt.

Die Armutsgefährdungsquote gibt an, wie hoch der Anteil der armutsgefährdeten Personen an einer Gesamtgruppe ist. Als armutsgefährdet gelten Personen, deren Einkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens beträgt. Dabei berücksichtigt die Einkommensberechnung sowohl die unterschiedlichen Haushaltsstrukturen als auch die Einspareffekte, die durch das Zusammenleben – durch gemeinsam genutzten Wohnraum, beim Energieverbrauch pro Kopf oder bei Haushaltsanschaffungen – entstehen. Die Einkommen werden also gewichtet. Die Armutsgefährdungsquote wird hier bezogen auf die Situation im jeweiligen Land gemessen und nicht anhand eines einheitlichen Schwellenwertes für alle Länder.

Das verfügbare Haushaltseinkommen ist die Summe der gesamten Einkommen aller Haushaltsmitglieder aus allen Quellen (einschließlich Einkünften aus Erwerbstätigkeit, Anlagen und Sozialleistungen), wobei Einkommen auf Haushaltsebene hinzugerechnet, Steuern und Sozialbeiträge hingegen abgezogen werden. Um den unterschiedlichen Haushaltsgrößen und Zusammensetzungen Rechnung zu tragen, wird der Gesamtbetrag anhand einer Standard(äquivalenz)skala durch die Zahl der „Erwachsenenäquivalente“ dividiert. Bei dieser „modifizierten OECD-Äquivalenzskala“, werden der erste im Haushalt lebende Erwachsene mit 1,0, alle weiteren Haushaltsmitglieder im Alter von 14 Jahren und darüber mit 0,5 sowie Haushaltsmitglieder unter 14 Jahren mit 0,3 gewichtet. Das so ermittelte Äquivalenzeinkommen wird den einzelnen Haushaltsmitgliedern zugeordnet. Für die Erstellung der Armutsindikatoren wird das verfügbare Äquivalenzeinkommen berechnet, indem das gesamte verfügbare Haushaltseinkommen durch die Haushaltsäquivalenzgröße geteilt wird. Folglich ergibt sich für jede in dem Haushalt lebende Person dasselbe Äquivalenzeinkommen.

Die Höhe der Armutsrisikoquoten hängt u.a. auch von der Datenbasis ab. In der Auswertung des Mikrozensus (Befragung von 1 % aller Haushalte) errechnet das Statistische Bundesamt für das Jahr 2019 eine Armutsquote für die Gesamtbevölkerung von 15,9 % (vgl. [Abbildung III.72](#)).